

Radio Darmstadt, Alltag und Geschichte

Montag, 12. September 2005, 17.00-18.00 Uhr

Eine überarbeitete und mit Anmerkungen versehene Fassung findet sich auf

http://www.waltpolitik.powerbone.de/kv/kv_stimm.htm.

S T I M M A B G A B E

Gedanken zur Wahl

Jingle Alltag und Geschichte

Wir erleben seltsame Dinge in diesem Land. Da gibt es einen Bundeskanzler, der die Vertrauensfrage stellt, weil er sich seiner Mehrheiten nicht mehr sicher ist. Zwar scharen sich SPD und Grüne fest um ihren Kanzler, aber mit einer manipulierten Abstimmung wird ihm das Vertrauen verweigert und es werden Neuwahlen ausgeschrieben. Der neoliberale Bundespräsident und das Bundesverfassungsgericht segnen das Vorgehen ab und am kommenden Sonntag haben wir die übliche Wahl der Qual, wo wir denn für die nächsten vier Jahre ein Kreuzchen machen dürfen.

Und dieses Kreuzchenmachen ist echt eine demokratische Anstrengung! Unsere Teilnahme an der bürgerlichen Demokratie besteht allen Ernstes darin, einmal in 1461 Tagen eine halbe Stunde zu opfern, um zwei Striche zu machen. Einen von linksoben nach rechtsunten und einen von linksunten nach rechtsoben - oder welche Variante ihr auch immer hierfür bevorzugen mögt. Das war's dann auch! Eine Stimme, die abgegeben wurde, ist eben unwiderruflich ... futsch.

Nur - der Sinn dieser vertrauenserfragten Veranstaltung ist mir immer noch nicht so recht klar geworden. Alle Umfragen sagen deutlich, daß Gerhard Schröder am kommenden Sonntag keine besseren und erst recht keine vertrauenswürdigeren Mehrheiten erhalten wird, als er sie derzeit noch im Bundestag hätte. Das war allerdings auch schon im Mai sattem bekannt, als er mit seinem Parteisoldaten Franz Müntefering diesen Coup nach der verlorenen Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen ausgeheckt hatte.

Wir werden wohl nie erfahren, worin das Geheimnis dieses Rätsels besteht. Denn Schröders Truppe wird keine Mehrheit erhalten und uns vorführen, mit welchem Vertrauen er denn *jetzt*

rechnen darf. Ob Angie und ihr schreckliches Kompetenzteam eine ausreichende Mehrheit erhalten werden, müssen wir sehen. Es sah ja einmal ziemlich gut für sie aus. Aber mir ist, ehrlich gesagt, selten eine Partei begegnet, die derart genial ein Eigentor nach dem anderen plaziert, um ja nicht gewählt zu werden. Brutto und netto, die geheim gehaltene Streichliste von Paul Kirchhof, die Ankündigung einer mehrfach verplanten Mehrwertsteuererhöhung, um nur einige Stichworte hierfür zu nennen. Vor vier Jahren scheiterte Edmund Stoiber an der Flut und dem Irak-Krieg. Beides konnte der damals Medienkanzler als *big points* verbuchen.

Das Fernsehduell zwischen dem Kanzler und seiner Herausforderin zeigte neben dem peinlichen Auftritt der *creme de la creme* des deutschen Journalismus nur eines: wie quälend diese Wahl ist. Dabei dürfen wir nicht vergessen, daß es gar nicht auf rhetorisch gestylte glänzende Auftritte ankam. Das, was als dröges Herunterleiern von auswendig gelernten Textbausteinen daherkam und auch so kritisiert wurde, *war* nämlich die Essenz dieser medialen Veranstaltung. Das Publikum (jedenfalls eine satte Mehrheit) möchte keine Experimente, sondern die Bestätigung dafür, daß die Welt so ist, wie sie ist und wie man und frau sich in ihr eingerichtet hat. Gerd und Angie haben Weltbilder bestätigt und verfestigt und so das Vertrauen in die Demokratie gestärkt. Dieser psychologische Effekt war gewollt und ist alles andere als überraschend.

Ähnlich wenig überraschend war der unkritische Umgang des Kanzlers beim Kurzbesuch des russischen Präsidenten Wladimir Putin vergangene Woche. Warum soll der Kanzler Worte über Tschetschenien oder den repressiven Umgang mit der Pressefreiheit in Rußland verlieren, wenn es ums Geschäft geht? Geld stinkt bekanntermaßen nicht. Menschenleben oder Menschenrechte sind hier in der Tat viertrangig. Sie taugen allenfalls als Druckmittel, um dem Geschäftspartner ein paar wirtschaftliche Zugeständnisse abzurufen.

Dennoch bleibt festzuhalten, daß der Friedenskanzler in Zusammenarbeit mit seinem Menschenrechtsexperten Joschka nicht nur 1999 einen Angriffskrieg gegen Jugoslawien vom Zaun brach, sondern im Rahmen der US-amerikanischen Globalattacke *Enduring Freedom* seine Soldaten in alle Welt ausschicken konnte. Bis heute wissen wir nicht, was das *Kommando Spezialkräfte* der Bundeswehr in Afghanistan wirklich treibt und warum Deutschland am Hindu-kusch verteidigt werden muß. Zu dieser kanzlervertrauten Friedenspolitik gehört natürlich auch, um des guten Geschäftes willen die Terroreinsätze der russischen Armee in Tschetschenien mit Stillschweigen zu bemänteln.

Letzten Endes ist es bei dieser Bundestagswahl also egal, ob wir wählen und wen wir wählen. Es kann nur schlimmer kommen, und es wird schlimmer kommen. Warum ausgerechnet das schwarzgelbe Gruselkabinett eine bessere Alternative darstellen soll, ist mir ehrlich gesagt schleierhaft. Von 1982 bis 1998 hatten die beiden Parteien sechzehn Jahre lang Zeit, das umzusetzen, was sie jetzt hektisch im Wahlkampfieber versprechen.

Es wäre jedoch verfehlt zu glauben, es ging vor allem um den Abbau der Arbeitslosigkeit. Im Gegenteil - die hohe Arbeitslosigkeit ist äußerst nützlich! Bedeutet sie doch eine objektive Schwächung der lohnabhängig Beschäftigten und der Gewerkschaften als ihrer Interessensvertretung. Nur mit vielen Arbeitslosen läßt sich ein profitabler Umbau der Gesellschaft bewerkstelligen. Deutschland ist ja kein Drittweltland, bei dem mit den Knebeln des Internationalen Währungsfonds oder mit einer Militärdiktatur der Freiheit des Marktes Ausdruck verliehen werden kann. Und deshalb kommt es auf ein vernünftiges Funktionieren der parlamentarischen Demokratie bei uns an.

Die klassische Rollenverteilung sah vor, daß die CDU den rechten Rand mit abdeckt, während die SPD linkes Protestpotential entschärft. Die FDP ist die kleine, aber machtvolle Partei der Kleinbourgeoisie, des Handwerks und der Freiberufler. Als solche ist sie schon objektiv betrachtet keinesfalls an Arbeitnehmerrechten und Sozialstaatlichkeit interessiert. Guido Westerwelles gewerkschaftsfeindliche Äußerungen sind keine Entgleisungen, sondern *das Programm* dieser Partei.

Bleiben die Grünen. Als Partei der über Selbstaussbeutung funktionierenden Alternativbetriebe lösen sie in einzelnen Bereichen die FDP als klassischer Ausdruck kleinbürgerlicher Interessen ab. Die Partei ist jedoch insofern heterogener, als in ihr viele Illusionen über die Möglichkeit, von unten die Gesellschaft verändern zu können, versammelt sind. Die darin zum Ausdruck kommende Eigeninitiative und Selbstbestimmung haben sich jedoch im Laufe der letzten anderthalb Jahrzehnte als absolut kompatibel mit dem neoliberalen Programm erwiesen.

Was also tun? Linkspartei wählen? Was soll daran besser sein? Ich werde im Verlauf dieser Sendung zwei Stimmen zur Linkspartei bzw. ihrer Vorgängerin, der PDS, zu Wort kommen lassen, die zeigen, daß auch diese angeblich linke Alternative mehr Probleme aufwirft, als sie beantworten kann. Doch zunächst möchte ich mit einem Beitrag von *Radio Unerhört Marburg* beginnen, der sich mit einem Buch von Johannes Agnoli aus den 60er Jahren beschäftigt. Dieser schrieb das damalige Kultbuch der außerparlamentarischen Opposition, genannt *Die Transformation der Demokratie*. Dieses Buch ist auch heute, nach rund 40 Jahren nach seinem Entstehen, immer noch lesenswert.

Für die Redaktion *Alltag und Geschichte* auf Radio Darmstadt ist am Mikrofon Walter Kuhl.

Die Transformation der Demokratie

“Vor der Bundestagswahl: Agnoli lesen!”

Dieser Beitrag ist als Audiofile auf dem Audioportal des Bundesverbandes Freier Radios zu finden: <http://www.freie-radios.net/portal/content.php?id=10151>

Ein Beitrag von *Radio Unerhört Marburg* zur Bundestagswahl am 18. September.

Johannes Agnoli schrieb seinen Klassiker 1968 auf dem Höhepunkt der Studentenbewegung. Seine Thesen fanden damals in der Tat viel Widerhall. 20 Jahre später zog er ein Resümee seiner damaligen Schrift. Die im vorangegangenen Beitrag gestellte Frage, ob die *Transformation der Demokratie* heute anders geschrieben werden müßte, beantwortete Agnoli 1986 so:

Im Übrigen steht es außer Frage, daß die »Transformation der Demokratie« heute anders *geschrieben* werden müßte - genauso wie die Bibel, Aristoteles Ethik, Hegels Phänomenologie des Geistes, selbstredend Marxens Kapital, Courths-Mahlers Romane [und anderes]. Die Terminologie der T[ransformation] d[er] D[emokratie] wäre anders, auch der Inhalt könnte hie und da anders aussehen. Man wird älter und weiser - also wäre die Argumentation stellenweise schärfer, die Kritik der Politik fiele kompromißloser und erbarmungsloser aus. [Agnoli 1986, Seite 36]

Und er fährt fort zu fragen, ob die *Transformation der Demokratie* nicht inzwischen durch die Verhältnisse widerlegt sei. Doch hierbei, so schrieb Agnoli, müßte nachgewiesen werden, daß wir heute mehr Demokratie hätten als in den 60er Jahren. Womit er beispielsweise meinte:

daß in unserer Gesellschaft die Emanzipation so weit gediehen ist, daß der Abbau des Sozialstaats begleitet wird vom Abbau des Machtstaats und von der Zulassung *fälschungsfähiger* Ausweise [...]. [Agnoli 1986, Seite 40, Anmerkung 14]

Die *Transformation der Demokratie* ist mehr als nur die Analyse des Parlamentarismus. Sie ist gleichzeitig Staatskritik und soziologische Studie der Machtintegration neuer Eliten. Der folgende Auszug aus dem Werk läßt sich gleichermaßen auf die Integration der Sozialdemokratie seit Ende des 19. Jahrhunderts wie auch auf die Einbindung der heutigen Grünen, ja sogar teilweise der neuen sozialdemokratisierten Linkspartei anwenden. Johannes Agnoli schreibt:

Verfassungsrechtlich nicht normierbar, nur im Zuge der praktischen Politik zu erzielen ist eine andere Transformation im Parteiensystem, die allerdings eng mit der Verdinglichung der Parteiorganisation zusammenhängt. Die Parteien als Organisationen haben im Ver-

hältnis zu ihren Mitgliedern, als Wahlobjekte im Verhältnis zu den Wählermassen einen ebenso ambivalenten Charakter wie das von ihnen gebildete Parlament. Die Ambivalenz wird heutzutage besonders stark von der Notwendigkeit verursacht, soziale Bewegungen und Ansprüche zu organisieren..

Der von den Mitgliedern aktiv getragene, oder die Aktivität der Mitglieder programmatisch und praktisch fördernde Verband kann der politischen Betätigung der Massen als Werkzeug dienen. Sofern er - evolutionär oder revolutionär - Veränderungstendenzen organisiert, greift er in den Versuch der sozialen Befriedung widersprechend ein und baut die Betätigung seiner Mitglieder und Anhänger zu einer Beteiligung am Entscheidungsprozeß aus. Ein solcher (demokratischer) Verband stört den gesamten Mechanismus der Herrschaft so empfindlich, daß es für die Herrschenden unumgänglich werden kann, ihn zu instrumentalisieren - das heißt seine Führungsstäbe selbst an den Institutionen der Herrschaft zu beteiligen..

Dem kommt fraglos der Drang der Führungsstäbe entgegen, sich selbst unter Umgehung der breiten Mitgliedschaft in das Herrschaftssystem einzubauen [...]. Der aus diesem Prozeß entstehende (oligarchische) Verband mediatisiert seine Mitglieder: sie werden zum Werkzeug der Pläne und Interessen der Führungsstäbe. Die Tendenz zur aktiven politischen Beteiligung wird dadurch neutralisiert. In ihrem Verhältnis zu Mitgliedern und Anhängern kennt die oligarchisierte politische Partei als Kampforganisation nur noch das Ziel, deren Zahl zu erhöhen, um damit ihre Machtposition in der Öffentlichkeit und in den öffentlichen Organen auszuweiten und zu festigen..

Die Zustimmung der (aus der Beteiligung am Entscheidungsprozeß ausgeschlossenen) Massen bestimmt den Grad, nach dem die Partei selbst sich an der Verteilung der Machtpositionen (Mandate, Ministerposten - bis hinunter zu den Verwaltungsposten) beteiligen kann. [Agnoli 1968, Seite 34-35]

Mit dem alten Obrigkeitsstaat läßt sich die neue Staatsform allerdings nicht ohne weiteres vergleichen. Es ist nicht ohne Bedeutung, daß formal gesehen nicht die Führungsstäbe selbst, sondern die Wähler bestimmen, wie die Zirkulation der Machtzentren vor sich geht und wie die Anteile an öffentlicher Gewalt verteilt werden. [...] Die Leerformelhaftigkeit der Konkurrenz und die pragmatische Ausrichtung der konkurrierenden Parteien erinnert freilich an den Schein der Konkurrenz im Konsumsektor und an deren Janusgesicht..

Während die Führungsgruppen untereinander sich einen realen Kampf liefern (denn es geht für sie um reale Machtgewinnung), wird den Wählern lediglich die **Illusion** eines offenen Wettbewerbs mit der ihm eigen sein sollenden Tendenz zur Qualitätssteigerung geboten. In Wirklichkeit wird das politische wie das konsumierende Publikum mit schein-

unterschiedlichen Gütern beliefert. Die formale Freiheit der Wahl zwischen einem Ford Taunus und einem Opel Rekord; zwischen einem Ferienaufenthalt in Rimini und Ancona entscheidet über den Marktanteil der Firmen und Hotels..

Material liegt ihr Stellenwert für konkrete Freiheitsausübung genau so niedrig wie die Freiheit der Wahl zwischen den Parteien A, B und C. Aus der Ähnlichkeit der Parteiprogramme und aus der Gemeinsamkeit des Ziels (Markt- und Machtanteil) ergibt sich die Notwendigkeit, sich den "Methoden der Absatzwerbung" zuzuwenden. [Agnoli 1968, Seite 37]

So kämpfen die Parteien untereinander um die Regierungsmacht und bilden dennoch eine symbiotische Einheit, in deren geschlossenem Kreis der abstrakte Führungskonflikt ausgefochten werden kann. [Agnoli 1968, Seite 38]

Gelingt es dabei tatsächlich in der Orientierung der Bevölkerung und in der politischen, legislativen wie exekutiven Tätigkeit den Antagonismus auszuschalten und gerade durch die Vielheit der Parteien die Friedensintegration zu erreichen, so wird das wirkliche Gesicht der Volksparteien des modernen Verfassungsstaates offenbar: sie bilden **die plurale Fassung einer Einheitspartei** - plural in der Methode des Herrschens, einheitlich als Träger der staatlichen Herrschaft gegenüber der Bevölkerung, einheitlich vor allem in der Funktion, die die Volksparteien innerhalb der westlichen Gesellschaft übernehmen. [Agnoli 1968, Seite 40]

Das Ungeheuerliche in dieser Analyse Agnolis liegt darin, daß er keinen *funktionalen* Unterschied zum Typ der faschistischen Einheitspartei ausmachen kann. Die Art der Ausübung der Herrschaft ist jedoch eine vollkommen andere als im Faschismus, soll heißen: der über den Parlamentarismus vermittelte *soziale Frieden* ist eben eine andere Form der Klassenherrschaft. Wie die politische Praxis zwischen den beiden Weltkriegen in Europa oder nach dem Zweiten Weltkrieg in Teilen der Dritten Welt gezeigt hat, sind die Übergänge zwischen friedlicher und gewalttätiger Machtausübung - je nach den Erfordernissen - allerdings fließend.

So wurden auch in den 60er Jahren - übrigens von einer Großen Koalition - die hierzu passenden Notstandsgesetze verabschiedet. Das war den 68ern von damals vollkommen klar, was das bedeutet: Sie sahen hierin ganz richtig einen Angriff auf emanzipatorische Ziele und eine dem entsprechende Politik.

Solange in Deutschland jedoch keine fundamentale Systemopposition diese Technik des sozialen Friedens bedroht, sondern statt dessen Protest und Widerstand über Parteien und Gewerkschaften kanalisierbar sind, ist die hierzulande gewählte Form der Ausübung kapitalistischer Interessen äußerst funktional und muß nicht durch etwas Repressiveres ersetzt werden. Die

Linkspartei hat sich in den vergangenen fünfzehn Jahren soweit sozialdemokratisiert, daß sie kein prinzipielles Problem bei der Umgestaltung des keynesianischen Wohlfahrtsstaates hin zu einer global ausgerichteten neoliberalen Gesellschaft mehr darstellt. Sie vollzieht den Weg der Anpassung, für den die Grünen zweieinhalb Jahrzehnte benötigt haben, im Zeitraffer.

Johannes Agnoli baut folgerichtig auch gegenüber denjenigen Stimmen vor, die im Grundgesetz prinzipiell Möglichkeiten zu einer Verpflichtung des kapitalistischen Eigentums zugunsten sozialer Allgemeininteressen erkennen wollen. Er schrieb hierzu 1986:

Das Volk hört sich an, was der Palast verkündet und führt das Verkündete aus: Krieg, Frieden, Aufrüstung, Steuerzahlung, Entwicklungshilfe, Sozialstaat, dessen Abbau und einiges mehr. Hierin hat sich in den letzten zwei Jahrzehnten nicht viel geändert. Und es ist auch nicht so, als ob diese Zustände im geschichtlichen Widerspruch zum Grundgesetz stünden. Die »Väter des G[rund]g[esetzes]« waren alles andere als demosorientierte Idealisten, denen dann später normenbrechende Politiker gefolgt wären. Sie wußten vielmehr, was sie taten und was sie wollten (und zum Teil nur wollen durften): eine demokratische Verfassung durchaus, eine echte und wirkliche Demokratie - mit dem demos [Volk] vor der Tür und in der Wahlkabine, das kratein [Herrschen] fest im Palast. [Agnol 1986, Seite 29]

Woraus nicht folgt, daß unsere Demokratie eine Scheindemokratie ist. Es ist eine sehr eingeschränkte Form von Demokratie einer bestimmten historischen Epoche unter bestimmten gesellschaftlichen Herrschaftsverhältnissen. Daß Demokratie auch etwas vollkommen anderes sein könnte, steht dem nicht entgegen. Aber diese umfassendere Form von Demokratie ist in einer kapitalistischen Gesellschaft nicht möglich.

Johannes Agnolis *Transformation der Demokratie* ist übrigens in einer Neuauflage im *Konkret Literatur Verlag* erhältlich. Ich empfehle: selbst lesen!

Wenn die PDS mitregiert

Winfried Wolf, sozialistischer Linker aus Baden-Württemberg seit Ende der 60er Jahre, saß von 1994 bis 2002 für die PDS im Deutschen Bundestag. Er war deren verkehrspolitischer Sprecher im Parlament, sorgte 1996 für die Abberufung des deutschen Botschafters in Haiti wegen dessen rassistischer Sprüche, und engagierte sich gegen die Aufrüstung der Bundeswehr zu einer weltweiten Interventionsarmee und damit auch gegen die seither mit deutscher Beteiligung geführten Kriege. Winfried Wolf trat im Mai 2004 aus der PDS aus. Er schrieb hierzu:

Die PDS, die einmal eine Hoffnung für Zehntausende Sozialistinnen und Sozialisten auf ein konsequentes Engagement gegen Arbeitslosigkeit, Umweltzerstörung und Kriegstreiberei darstellte, ist heute zum Hindernis bei der Entwicklung von emanzipatorischem Bewusstsein geworden. Sie ist in Programmatik und Praxis im negativen Sinn in der kapitalistischen Gesellschaft „angekommen“ – indem sie dort, wo sie mitregiert, die Bereicherung weniger mitbetreibt und den Raubzug bei den Millionen sozial Schwachen mitorganisiert.

Wenn die sich heute Linkspartei nennende PDS sich als Wahlalternative gegen den Neoliberalismus präsentiert, dann hofft sie offensichtlich auf die Vergeßlichkeit ihrer Wählerinnen und Wähler. Besonders deutlich wird die tatsächliche Politik der PDS alias Linkspartei dort, wo sie an der Regierung beteiligt war oder ist - in Mecklenburg-Vorpommern und in Berlin. Für diejenigen, die mit dem Gedanken spielen, diesmal der Linkspartei ihre Stimme zu geben, fasse ich aus dem Austrittschreiben von Winfried Wolf einige prägnante Geschehnisse heraus, die den wahren Charakter der Partei deutlich machen. Da, wo sie im Agnoli'schen Sinne mitregieren will, kennt sie keinen Kompromiß und keine Schweinerei, die sie nicht mittragen würde. Beispiele gefällig?

In ihrem im Oktober 2003 verabschiedeten Parteiprogramm bekennt sich die Partei positiv zum Ziel der ungehemmten Profitmaximierung. Nun ist Papier geduldig, aber Gregor Gysi hat im Sommer 2002 bei einem Besuch der New Yorker Börse demonstrativ klargemacht, was das heißt: Die Börse sei "eine geniale Erfindung des Kapitalismus". So beginnt Politikfähigkeit, die - wie Winfried Wolf selbst erleben konnte - auf Parteitag mit undemokratischen Methoden seitens des Parteiapparates durchgesetzt wurde.

1999 äußerte sich der damalige PDS-Bundesgeschäftsführer Bartsch nach einem China-Besuch positiv zur Umweltschleuder Transrapid und zur ökologischen Katastrophe Drei-Schluchten-Stausee. In Berlin orientiert der von der PDS mitgetragene Senat auf den Bau eines neuen Großflughafens und betreibt bei den Berliner Verkehrsbetrieben (BVG) eine Politik des Outsourcings und der Privatisierung. Löhne werden gedrückt, Beförderungstarife erhöht und der Vorstand belohnt sich für diese gute Tat mit einem fetten Honorar. Und daß ausgerechnet Gregor Gysi 2002 über die *Miles&More*-Affäre gestolpert ist, war kein Zufall. Er wußte es besser, aber die Beteiligung an der Macht korrumpiert eben.

Ende 2002 wird Berlins kommunaler Stromversorger an einen schwedischen Konzern verschertelt. Berlins Wirtschaftssenator Harald Wolf, PDS, der Nachfolger von Gysi in diesem Amt, fordert schon Anfang 2003 eine höhere Mehrwertsteuer. Dafür war Berlin Vorreiter bei der Abschaffung der Lernmittelfreiheit, strich das Sozialticket im öffentlichen Verkehr und trat aus dem Arbeitgeberverband im Öffentlichen Dienst aus. Die PDS-Senatoren Gysi und Flierl legten zudem die Grundlagen zu einer privaten Elite-Universität.

Dafür schenkte der Senat das stadteigene Gebäude mit dazu gehörigem Gelände in 1a-City-Lage den Betreibern, die sich aus den führenden und reichsten deutschen Konzernen rekrutieren.

Also den notleidenden Konzernen DaimlerChrysler, Allianz, Eon und ThyssenKrupp. Doch der Gipfel ist ein milliardenschwerer Megadeal:

Als großangelegte Beraubung öffentlicher Kassen bzw. der Steuerzahlenden muss dann die Entscheidung des SPD-PDS-Senats bezeichnet werden, Bürgschaften in Höhe von mehr als 21 Milliarden Euro der faktisch bankrotten *Berliner Bankgesellschaft* zu übernehmen – eine Zeche, die die Bürgerinnen und Bürger Berlins noch bis zu 30 Jahre lang zahlen müssen. Hier wurde auch die *Funktion der PDS zur Einbindung von Protest* deutlich.

Dieser Deal muß natürlich finanziert werden, was den Austritt aus dem Arbeitgeberverband im Öffentlichen Dienst ausreichend erklärt. Entsprechend feierte auch die PDS den abgeschlossenen Tarifvertrag mit der BVG, der Lohnverzicht und die Streichung des Urlaubsgeldes vorsieht. Wer soviel Armut produziert, benötigt natürlich auch keine Verbraucherschutzzentralen mehr. Konsequenterweise strichen SPD und PDS, diesmal in Mecklenburg-Vorpommern, letztes Jahr die Zahlungen, die Verbraucherschutzzentrale mußte Insolvenz anmelden. Das hier eingesparte Geld steht dann für den Großauftritt der weltweiten herrschenden Klasse beim G8-Gipfel 2007 in Heiligendamm (in Mecklenburg-Vorpommern) zur Verfügung.

Daß die PDS eigentlich auch keine Antikriegspartei ist, macht Winfried Wolf in seinem Austrittsschreiben ebenso deutlich.

Basiswissen zu Gysi und Lafontaine

Einen etwas anderen Schwerpunkt ihrer Kritik an der Linkspartei setzt die *Ökologische Linke* um Jutta Ditfurth und Manfred Zieran. Anhand mehrfacher Äußerungen, Auftritte und politischen Handelns zeigen sie, daß sowohl Oskar Lafontaine wie auch Gregor Gysi schon immer gute Sachwalter des nationalstaatlich organisierten deutschen Kapitals waren. Insbesondere die Fremdarbeiter-Ausfälle des Linkspartei-Frontmanns Lafontaine waren keine Ausrutscher. Als Ministerpräsident des Saarlands forderte er schon 1989 die Abschaffung des Asylrechts und war 1992 stolz darauf, im Dunstkreis der Pogrome von Hoyerswerda und Rostock-Lichtenhagen zum Asylkompromiß von CDU, SPD und FDP beigetragen zu haben.

Denn Ausländerfeindlichkeit, so Lafontaine, entsteht durch Zuwanderung, und deswegen sei der Staat verpflichtet zu verhindern, daß Familienväter und Frauen arbeitslos würden, weil ja die bösen Fremdarbeiter ihnen die Arbeitsplätze wegnehmen würden. Einmal abgesehen vom patriarchalen Weltbild des Emanzipationsexperten Lafontaine, bei dem Frauen die Staffage der Familienväter bilden, sind es doch wohl das Kapital und seine staatlichen Agenten, welche Arbeitsplätze vernichten und alleinstehende Mütter im Regen stehen lassen - in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern bekanntlich mit freundlicher Unterstützung der PDS.

Daß Lafontaine für Flüchtlingslager in Nordafrika eintritt oder die Folterandrohung eines stellvertretenden Polizeipräsidenten in Ordnung findet, paßt durchaus ins Bild eines ordnungsliebenden deutschen Sozialdemokraten, den das Schicksal auf der Liste der Linkspartei PDS wieder an die Macht spülen soll. Doch nationalistische Töne sind auch aus dem ostdeutschen Teil dieser Linkspartei zu hören.

Christine Ostrowski beispielsweise, stellvertretende Bundesparteivorsitzende und Vorsitzende der PDS Dresden, kungelte regelmäßig mit dem rechten Rand. So war sie 1993 begeistert davon, mit dem Funktionär der verbotenen *Nationalen Offensive* Übereinstimmungen "bis hin zum Wortlaut" festgestellt zu haben. Der Vorzeigesozialist Gregor Gysi fand das gar nicht schlimm und hielt ihren Rücktritt für überflüssig. Wer so national ist, wird belohnt: Christine Ostrowski wurde 1998 in den Bundestag gewählt.

Prompt erklärte sie, die PDS müsse sich zur »Stimme des Protestes« auch ausländerfeindlicher Bauarbeiter machen.

Da fragt sich, warum so viele von der neoliberalen Rot-Grün-Regierung enttäuschte Menschen sich Gedanken über ein Kreuzchen für die Linkspartei machen. Steht sie nicht auf der Seite der kleinen Leute, ist sie nicht gegen *Hartz IV* und dem damit verbundenen Sozialraub? Nun ja, vielleicht in Worten, aber in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern setzt sie das damit verbundene Programm brav um. Und was die kleinen Leute betrifft - die finden mitunter auch das Verständnis für ausländerfeindliche Sprüche ganz in Ordnung.

Da fragt sich erst recht, was denn das kleinere Übel ist. Übel sind die Wahlalternativen allemal. Aber eigentlich ist es auch egal, wen wir wählen, denn eines bekommen wir bestimmt: die Fortsetzung der bisherigen Politik unter verschärften Bedingungen. Im Finanzministerium werden angeblich schon die ersten Pläne für die Zeit nach der Wahl gewälzt, auch wenn Hans Eichel das dementiert. Doch erinnern wir uns: Kaum waren nach der letzten Wahl die Stimmzettel gezählt, entdeckten die rot-grünen Finanzexperten ein Steuer- und Haushaltsloch nach dem anderen. Klar, sie waren alle so mit dem Wahlkampf beschäftigt, daß ihnen dies wochenlang zuvor einfach entgangen war. Da ist doch die CDU um Angela Merkel ehrlicher: sie erzählt uns wenigstens, womit wir in den kommenden Jahren gequält und zur Kasse gebeten werden

sollen.

Eines möchte ich dennoch zu bedenken geben. Wer ein Kreuz abliefern, stimmt dem Übel zu. Egal welchem. Das ist vielleicht dann doch eine Frage der Selbstachtung.

Zwei Veranstaltungshinweise

Jingle Alltag und Geschichte -

heute mit einigen Betrachtungen zur anstehenden Stimmabgabe für die Bundestagswahl am kommenden Sonntag. Eine Wahlempfehlung gebe ich nicht. Wer seine Stimme abgibt, hat ein schweres Kreuz zu tragen, wer keine Stimme abgibt, sollte sich nach Alternativen umschaun. Diese Welt ist einfach viel zu wichtig und das darin produzierte Elend viel zu groß, um sie den neoliberalen Autisten oder ihrem parlamentarischen Anhang zu überlassen. Wie auch immer - am Sonntag wird Radio Darmstadt ab 18 Uhr direkt aus der Centralstation von der Wahlauszählung berichten. Natürlich auch im Internet mit unserem LiveStream: <http://live.radiodarmstadt.de>.

Doch bevor ihr wählen geht oder auch nicht - hier noch zwei Veranstaltungshinweise für die kommende Woche:

Am Dienstag, 13. September, denken und diskutieren Gewerkschaften über den Tag hinaus. Im Rahmen einer gleichnamigen Veranstaltungsreihe wird ab 17 Uhr der Frage nachgegangen, ob die globalen Konzerne die Demokratie abschaffen. Lassen wir einmal die Frage beiseite, ob die Demokratie eine spezielle Veranstaltung zur gesellschaftlichen Organisation kapitalistischer Herrschaft ist, und hören dabei vielleicht lieber dem Referenten Josef Esser von der Uni Frankfurt und seinem Koreferenten Armin Herber vom Opel-Betriebsrat aus Rüsselsheim zu.

Worum es bei der Veranstaltung und der anschließenden Diskussion gehen soll, steht in der Einladung so: "Der demokratische Sozialstaat ist eine der großen gesellschaftlichen Errungenschaften, an denen Gewerkschaften einen erheblichen Anteil hatten. Heute jedoch werden unter dem Deckmantel der Reform zentrale Stützpfeiler dieses Sozialstaats ausgehebelt. [...] Für Gewerkschaften wird es immer wichtiger, über den Tellerrand des Tagesgeschäfts hinauszusehen und konkrete Perspektiven für soziale Gerechtigkeit in dieser Gesellschaft zu entwickeln." Ob damit auch gemeint ist, die enge Bindung an die neoliberale Sozialdemokratie aufzugeben, wird nicht verraten.

Diese Veranstaltung findet im internationalen Begegnungszentrum der TU Darmstadt, dem

Georg-Christoph-Lichtenberg-Haus in der Dieburger Straße 241, in der Nähe der Fasanerie statt. Eigentlich ist zu dieser Veranstaltung eine Anmeldung vorgesehen, aber vielleicht nehmen das die Veranstalter - die Kooperationsstelle Wissenschaft und Arbeitswelt Darmstadt und die IG Metall - nicht ganz so genau. Noch einmal der Termin: am morgigen, oder wenn ihr die Wiederholung hört, am heutigen Dienstag um 17 Uhr.

Und noch ein zweiter Veranstaltungshinweis für den kommenden Freitag: Zu einem kolumbianischen Theaterstück mit anschließender Diskussion über die Menschenrechtssituation in Kolumbien laden die *Peace Brigades International*, Regionalgruppe Rhein-Main, amnesty international und Katholische Hochschulgemeinde Frankfurt für Freitagabend um 19 Uhr 30 in den Räumen der KHG Frankfurt in der dortigen Beethovenstraße 28 ein.



Die Wahl zwischen Alkohol und Marihuana

Laßt mich zum Abschluß dieser Sendung noch einmal auf die Protagonisten des Wahlkampfes zurückkommen, auf Gerhard Schröder und Angela Merkel. Nicht, daß die beiden wirklich eine Alternative darstellen würden. Im Gegenteil - auf eine sehr unterschwellige Weise transportieren sie den Drogenkonsum in die Gesellschaft, um die von ihnen vermittelten Sorgen des Alltags erträglicher zu gestalten.

Schon 1998 machte sich Stefan Raab ein wenig über den damaligen Kanzlerkandidaten Gerhard Schröder lustig, der während des Wahlkampfs eine Flasche Bier gefordert hatte. Passend dazu hing vor kurzem ein Wahlplakat in der Kasinostraße mit einem visionär in die Welt schauenden Friedenskanzler. Sein Blick fiel auf das daneben hängende Plakat einer Brauerei. Angela Merkel hingegen scheint ein besonders kompetentes Kompetenzteam zu besitzen, denn anders ist es nicht zu erklären, daß mit *Angie* von den *Rolling Stones* ein Song bei ihren Wahlveranstaltungen zu hören ist, das auf seine Weise den Genuß von gerauchten Drogen beschreibt.

Ähnlich wie Ronald Reagan [ein Vorbild von Angela Merkel], der einst Bruce Springsteens bitterböses Vietnam-Veteranenlied "Born in the USA" nur aufgrund des Titels als vorbildlich-positiv-patriotisch lobte, will die CDU nun Angela Merkel mit einem zugegeben wunderschönen Musikstück assoziieren, das von leeren Taschen, Ziellosigkeit und in (Marihuana-) Rauch aufgegangenen verlorenen Träumen handelt.

... schreibt Wolf-Dieter Roth am 24. August in *Telepolis*. Marcus Hammerschmidt schreibt am 5. September an gleicher Stelle:

Manche sind angegenert davon, dass sie jetzt schon wieder Waschmittel einkaufen und sich zwischen Dash und Persil entscheiden sollen, obwohl die alte Packung doch noch für ein Jahr gereicht hätte. Den meisten ist eh alles scheißegal. So richtig verdenken kann man es ihnen nicht, wenn Wahlen im Wesentlichen Annahmestellen sind, bei denen man im Austausch für zurückgebrachte Pfandflaschen neues Leergut erhält. Drinnen, im Supermarkt, macht die Wirtschaft Kasse, gleichgültig, ob draußen grünes, braunes oder weißes Glas hin und her verschoben wird. Wer unter diesen Umständen gern wählt, hat seine Wahlberechtigung eigentlich gar nicht verdient, weil er dem Lego-Alter noch nicht entwachsen ist. [...]

Aber die Deutschen, immer bereit, etwas Schlechtes durch etwas noch Schlechteres zu ersetzen, würden nach dem Verschwinden der Sachwalter nur auf die Idee verfallen, dass doch einer regieren muss, und den starken Mann herbeisehnen, der alles mal so richtig aufräumt, sie eingeschlossen.

[An dieser Stelle folgte eine improvisierte Buchbesprechung von: Nicole Schley - Angela Merkel, Knauer Taschenbuch Verlag. Hiervon liegt keine schriftliche Fassung vor.]

Gibt es eine Alternative? Es gibt immer eine Alternative. Etwas Besseres als das Schlechte, etwas weniger Übles, als zwischen mehreren Übeln entscheiden zu müssen, gibt es allemal. Aber solange wir immer wieder aufs Neue bereit sind, unsere Stimme abzugeben, um uns

anschließend zu wundern, warum wir so stumm sind, solange werden die Verhältnisse so sein, wie sie sind. Es liegt an uns, diese Verhältnisse zu legitimieren oder sie zu verändern. Am Mikrofon für die Redaktion *Alltag und Geschichte* auf Radio Darmstadt war Walter Kuhl.